bajour

Member werden

«Diplom-Vakuum»

Politik kritisiert Lohnregelung von Neulehrer*innen

PH-Absolvent*innen, die in Basler Schulen anheuern, haben wegen einer administrativen Zwickmühle für die erste Zeit nur einen Aushilfsvertrag. Politiker*innen fordern jetzt eine faire Lösung.



Von David Rutschmann
Redaktor

23. Oktober 2026

Lehrer | Schule | Lohn | Politik | Bildung | Geld



Lehrer*innen stehen am Anfang von ihrer Karriere finanziell schlechter da – Schuld ist eine administrative Hürde. (Bild: Pixabay/ancapictures)

Auf den Punkt:

- Wer an der PH abschliesst und direkt im Anschluss bei einer Schule in Basel-Stadt angestellt wird, muss zunächst einen befristeten Aushilfsvertrag machen.
- Der Hintergrund: Der Kanton braucht eine Diplombestätigung, damit er Lehrer*innen einstellen kann. Im Endeffekt führt das aber zu einem Monat schlechteren Lohn.

- Eine von allen Grossrats-Fraktionen unterzeichnete Motion fordert, dass Lehrkräfte den vollen Lohn rückerstattet bekommen – so ist das heute schon in Baselland.

Als Miriam Dürr im Sommer die Pädagogische Hochschule (PH) abschloss, rechnete sie fest damit, danach einen vollwertigen, unbefristeten Vertrag als Primarlehrerin zu erhalten. «Ich hätte nicht erwartet, dass mir stattdessen ein befristeter Aushilfsvertrag vorgelegt wird», erzählt sie. Der Hintergrund, fand Dürr schnell heraus, ist ein administratives Problem: Die Student*innen schliessen zwar meist zum 31. Juli erfolgreich ab – doch das Diplom erhält man erst bei der Diplomfeier im August oder September. Im Schulgesetz von Basel-Stadt steht aber ausdrücklich: «Wer den erforderlichen Fähigkeitsausweis besitzt, kann als Lehrerin oder Lehrer angestellt werden.»

Nun gibt es dafür aber bereits einen Workaround: An der FHNW, wo die PH in der Nordwestschweiz angesiedelt ist, erhalten Absolvent*innen schon vor der Feier eine Abschlussbestätigung, gezeichnet per 31. Juli. Effektiv erhalten die Absolvent*innen diese Bestätigungen erst Mitte August. Für einen Schulbeginn nach den Sommerferien ist der Vertragsbeginn allerdings in aller Regel 1. August. Dann hat man diese Bestätigung noch nicht.

Um trotzdem eine Einstellung möglich zu machen, werden die Absolvent*innen zunächst als befristete Aushilfen angestellt. Sobald sie dann die Abschlussbestätigung haben, wird der Vertrag angepasst und sie werden unbefristet als Lehrer*innen beschäftigt. «Das bedeutet, dass dutzende Verträge nach nur einem Monat schon wieder geändert werden müssen – das ist doch ein riesiger administrativer Aufwand», findet Dürr.



«Gerade als Familie macht der niedrigere Lohn die Planbarkeit schwieriger.»

Miriam Dürr

Die Problematik ist in Basel-Stadt schon länger bekannt. SP-Grossrätin Jessica Brandenburg hat zu den Anstellungsbedingungen von PH-Absolvent*innen Fragen beim Regierungsrat eingereicht. Dieser antwortete allerdings, dass «kein schlankeres Vorgehen» möglich sei, wenn man die gesetzlichen Regeln einhalten wollte .

Einerseits seien die Schulen als staatliche Träger gezwungen, die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten – und die sehen eben vor, dass Lehrer*innen eine Diplomierung vorweisen müssen. Andererseits ist die PH ihrerseits gezwungen, die Abläufe einzuhalten, damit ein ordnungsgemässer Studienabschluss eingehalten wird. Der institutionelle Bewertungszeitraum für das Frühjahrssemester ist bis zum 31. Juli festgelegt. Heisst: Früher als Mitte August ist eine Ausstellung der Abschlussbestätigungen gar nicht möglich.

Während der Kanton von den Abschlussbestätigungen als «pragmatische Lösung» schreibt, findet Miriam Dürr, dass es noch einfacher ginge: «In Baselland hat man einen anderen Umgang mit dem gleichen Problem: Dort erhalten Lehrkräfte wenigstens den Teil der Lohndifferenz für den Zeitraum zurückgezahlt, in dem sie als Aushilfen angestellt werden.» Dürr findet das eine fairere Lösung.



«Ich finde es mega demotivierend, dass man nach diesem herausfordernden Studium in der ersten Zeit auch noch weniger Lohn bekommen soll.»

Jessica Brandenburger, SP-Grossrätin

Das sieht auch Jessica Brandenburger so, die Dürr aus der SP kennt. Nachdem der Regierungsrat auf ihre Anfrage im Grossen Rat erklärte, dass die gesetzlichen Gegebenheiten keinen anderen Umgang zulassen würden, will sie nun das Gesetz ändern. In einer Motion fordert sie, das Schulgesetz, aber auch die Personalgesetzverordnung und die Verordnung über die Löhne von Aushilfs-Lehrkräften entsprechend anzupassen.

«Die heutige Regelung ist total absurd. Es hat mich hässig gemacht, dass der Regierungsrat das Problem anscheinend kennt, aber nichts dagegen unternimmt», sagt sie. Sie hat zwei gute Freund*innen, die an der PH waren und in diesem Sommer mit der Situation konfrontiert waren: «Ich finde es mega demotivierend, dass man nach diesem herausfordernden Studium in der ersten Zeit auch noch weniger Lohn bekommen soll. Vor allem, weil es nichts mit den Fähigkeiten der Absolvent*innen zu tun hat, sondern mit der Unfähigkeit des Kantons, ein ineinandergreifendes System zu finden.»

Alle Fraktionen unterschreiben die Motion

Die Motion wurde von Parlamentarier*innen aus allen Fraktionen mitunterzeichnet – «noch nie hatte ich es so einfach, bei allen Parteien Unterschrifter zu bekommen», sagt Brandenburger. Ihre Motion will, dass Lehrer*innen in Basel-Stadt analog zur Regelung in Baselland spätestens drei Monate nach Einreichen des Diploms den vollen Lohn ab 1. August rückerstattet bekommen. Inwiefern das Mehrkosten für den Kanton mit sich bringen würde, kann das für Schulen zuständige Erziehungsdepartement auf Anfrage nicht abschätzen. Das liegt daran, dass nicht erfasst wird, wie viele Lehrkräfte jährlich aus einem Aushilfsvertrag in eine ordentliche Anstellung wechseln.

Würde das Schulgesetz angepasst werden müssen, könnte der parlamentarische Weg noch länger gehen. Miriam Dürr hofft, dass es möglichst bald eine Anpassung gibt: «Das Erziehungsdepartement kennt das Problem, doch die Konsequenzen tragen die Lehrpersonen: Sie verdienen im ersten Monat sehr viel weniger und starten mit einem befristeten Aushilfsvertrag statt mit ihrer regulären Anstellung.» Zudem sieht sie die Gefahr, dass den Lehrkräfte nicht bewusst ist, dass sie den Vertrag aktiv anpassen lassen und die Abschlussbestätigung möglichst schnell einreichen müssen: «Es darf nicht sein, dass ein bekanntes Problem zulasten der Arbeitnehmenden geht, während der Kanton finanziell davon profitiert.»

In der Zwischenzeit sollten Absolvent*innen auch vonseiten der PH besser vorbereitet werden: «Wenn das Problem bekannt ist, dann sollten diese Informationen auch breit gestreut werden. Auch die PH hat als Ausbildungsinstitution Verantwortung.» Bei der FHNW verweist man auf entsprechende Informationsangebote zum Berufseinstieg: «Die konkreten Anstellungsbedingungen und administrativen Verfahren liegen in der Verantwortung der jeweiligen Kantone und Arbeitgeber und können entsprechend unterschiedlich ausgestaltet sein.»

BASEL BRIEFING
DAS WICHTIGSTE FÜR DEN TAG

bajour

JETZT MEMBER WERDEN

DAS KÖNNTE DICH AUCH INTERESSIEREN



Shahed Staub am 21. Oktober 2026

«Die Grundvoraussetzungen für erfolgreichen Französischunterricht sind nicht gegeben»

Zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe überfordern viele Kinder, sagt der Präsident des Lehrer*innenvereins Baselland. Er fordert einen späteren Einstieg ins Französisch – und ein Umdenken bei der Vermittlung von Fremdsprachen.

Weiterlesen



Sophie Jung am 15. Oktober 2026

Zwischen Berufswunsch und Zukunftsfragen

An der 11. Basler Berufs- und Weiterbildungsmesse können Jugendliche 180 Berufe und 240 Weiterbildungsangebote entdecken. Während einige schon konkrete Pläne haben, lassen sich andere noch inspirieren.

Weiterlesen



Luca Urgese am 12. Oktober 2026

Preise regulieren bedeutet Preise erhöhen

Der Preis ist eines der wichtigsten Signale auf dem Markt. Greift der Staat ein und verfälscht dieses Signal, wird es laut einer aktuellen Studie des Bundes meistens teurer, schreibt Bajour-Kolumnist und FDP-Grossrat Luca Urgese.

Weiterlesen



David Rutschmann

Das ist David (er/ihm):

Von Waldshut (Deutschland) den Rhein runter nach Basel treiben lassen. Used to be Journalismus-Student (ZHAW Winterthur) und Dauer-Praktikant (Lokalzeitungen am Hochrhein, taz in Berlin, Wissenschaftsmagazin higgs). Besonderes Augenmerk auf Klimapolitik, Wohnpolitik, Demopolitik und Politikpolitik. Way too many Anglizismen.

KOMMENTARE

Andi
23. Oktober 2026 um 06:39

Witz beiseite!!
Da hat es schon zuwenige Lehrkräfte und neue werden auch noch ausgebremst durch die ausbildende Schule nur wegen der Abschlussfeier? Neue Lehrkräfte können somit nur schlecht planen, egal im finanziellen, familiär, beruflich, zukünftige Festanstellung etc. Dies frusted doch diese Neuen schon von Anfang an!? Ich glaube, da hilft nicht mal KI!! 《?kopfschütteln?》 Schildbürgertum vom feinsten! 🤯🤦

INFORMATIV ☆☆☆☆☆
KONSTRUKTIV ☆☆☆☆☆
NÜTZLICH ☆☆☆☆☆

Antworten

JETZT MITREDEN

Basel Briefing
Shop
Frage des Tages
Unterstützen

UNSERE BRIEFINGS
Basel Briefing
FCB-Briefing
Fasnachts-Briefing
Archiv

THEMEN
Kultur
Politik
Wirtschaft
Wochenkommentar

ÜBER UNS
Kooperation
Team
Impressum
Datenschutzerklärung
KI-Richtlinien
AGB

publish